



## I. Öffentlicher Teil:

Frau Teltewskaja, Beigeordnete für Ländliche Entwicklung eröffnet die Ausschusssitzung und informiert alle Anwesenden über die Teilnahmeabsagen des Ausschussvorsitzenden, Herrn Diepold, und seiner Stellvertreterin, Frau Kaethner.

Herr Diepold sagte seine Teilnahme am 03.11.2020 schriftlich ab. Er äußerte mehrmals seine Bedenken zur Unverhältnismäßigkeit von Risiko-Nutzen der Veranstaltung. Herr Diepold sieht sich verpflichtet den gegenwärtigen Maßnahmen zur Eindämmung von Codiv19 mitzutragen und keine zusätzlichen Risiken für alle Beteiligten einzugehen.

Da der Ausschuss mit sieben stimmberechtigten Mitgliedern beschlussfähig ist, übernimmt Herr Dr. Pech als ältestes stimmberechtigtes Mitglied die Sitzungsführung. Er vertritt beim Ausschuss für Ländliche Entwicklung Frau Weitzel.

### ***zugestimmt***

#### **Zu TOP 1      Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Einladung wurde ordnungsgemäß zugestellt. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

### ***zugestimmt***

#### **Zu TOP 2      Bestätigung der Tagesordnung**

Auf Grund einer Abstimmung Anfang der 45. KW gibt es folgende Abstimmungen/ Änderungen in der Tagesordnung:

Zum TOP 7 (Bericht zur Vorlage 13/SPD/2019/1 ÖPNV-Angebot) wurde eine Präsentation als Tischvorlage ausgegeben. Frau Teltewskaja schlägt vor dieses Thema genauer in einem späteren Ausschuss in Anwesenheit des Mobilitätsbeauftragten zu behandeln.

Die TOP's 8-10 (BV: 042/2020, Anträge: 10/AfD/2020, 12/BVB/Fr Wähler/20 zur Geschäftsordnung), 14, 14.1, 14.3 bis 14. 6 (Vorbereitung Sonderkreistag zur Landwirtschaft) werden zurückverwiesen.

Zum TOP 16 (Information zum Stand Ansiedlung TESLA) erfolgt ein schriftlicher Bericht an die Ausschussmitglieder.

Die Sitzungsdauer soll auf 90 min begrenzt werden mit entsprechenden Pausen.

### ***einstimmig zugestimmt***

#### **Zu TOP 3      Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 03.09.2020**

Das Protokoll wird bestätigt.

### ***einstimmig zugestimmt***

## **Zu TOP 4      Information zur Afrikanischen Schweinepest**

Am 10.09.2020 gab es die erste Feststellung der ASP im Landkreis Spree-Neiße (1. Fund in Sembten/ Gemeinde Schenkendöbern). Danach gab es erste Funde im Landkreis Oder-Spree im Dorchetal (Kummrow/ Neuzelle).

Im Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt wurde ein Krisenzentrum eingerichtet. Derzeit arbeiten über 50 interne Mitarbeiter und insgesamt sind ca. 70-80 Personen dauerhaft mit der ASP beschäftigt.

Sachstand:

- SPN – 14 amtlich bestätigte Fälle
- LOS – 103 amtlich bestätigte Fälle, 3 Verdachtsfälle
- LDS – 0 amtlich bestätigte Fälle
- MOL – 7 amtlich bestätigte Fälle
- FFO – 0 amtlich bestätigte Fälle

Insgesamt: 124 bestätigte Fälle, 3 Verdachtsfälle

Die Problematik im LOS hat sich in den ersten Wochen durch die Schaffung eines Kerngebiets um den Fundort Kummrow/ Neuzelle stabilisiert. Das Kerngebiet wurde innerhalb von zwei Tagen mit einem Elektrozaun eingegrenzt (Umfang über 40 km). Dieser Zaun wurde jeden Tag instand gehalten durch den Wasser- und Bodenverband.

Danach begann die Planung und der Bau von Festzäunen. Zwischen dem inneren und äußeren Ring soll nach der Bekämpfungsstrategie eine Wildschwein-freie-Zone erreicht werden. Die Realisierung soll mit Großfallen (Durchmesser 20 m, 16 Fallen aufgestellt) erfolgen.

Die Errichtung des zweiten Kerngebiets (Umfang über 60 km) bei Klein Briesen hat die Lage erschwert. Dort sind sämtliche Maßnahmen untersagt (insbesondere die Jagd und alle landwirtschaftliche Maßnahmen). Die Schwierigkeit besteht darin, dass man die Ausdehnung noch nicht einschätzen kann. Dazu erfolgt die intensive Fallwildsuche mit Hilfe der Bundeswehr. Betroffen sind momentan Klein Briesen, Oelsen, Reudnitz und Dammendorf. Durch das zweite Kerngebiet ist der Großteil des Landkreises von Restriktionsmaßnahmen betroffen. Wichtige Maßnahmen die jetzt erfolgen müssen, sind die rasche Bergung von Fallwild, das Aufhalten durch natürliche Barrieren und die Absenkung der Schwarzwildpopulation.

Die Zaunbaukosten des ersten Kerngebietes liegen bei ca. 3 Mio. € und die des zweiten Kerngebietes bei über 3 Mio. €. Das Land Brandenburg hat zugesichert die gesamten Kosten für den Zaunbau zu erstatten.

Frau Senger bedankt sich bei allen Mitarbeitern und Personen, die im Rahmen der ASP mitarbeiten. Herr Dr. Pech schließt sich diesem ebenfalls an und richtet seinen Respekt an diese Personen aus.

***zur Kenntnis genommen***

**Zu TOP 5      Vorstellung Nahverkehrsplan Landkreis Oder-Spree 2021-2025**  
**VA: Dezernat II - Herr Buhrke, Herr Hellmich**  
**Vortrag / Präsentation: PROZIV - Herr Dr. Günzel**

Herr Dr. Günzel stellt den Beteiligungsentwurf zum Nahverkehrsplan des Landkreises Oder-Spree 2021-2025 anhand einer Präsentation vor. Ab dem 09.11.20 läuft das Beteiligungsverfahren. Es wird vorgeschlagen die Vorstellung der Abwägungen, Überarbeitung und Beschlussvorlage zum Nahverkehrsplan in einem Sonderausschuss für Ländliche Entwicklung und Kreisentwicklung durchzuführen. Am 07.01.2021 soll im Ausschuss für Ländliche Entwicklung und Kreisentwicklung eine Beschlussempfehlung für den Kreistag am 10.02.2021 erfolgen.

*Siehe Präsentation Bürgerinformationssystem des Kreistages Oder-Spree*

Herr Dr. Pech merkt an, dass eine weitere substantiell fachliche Auseinandersetzung mit der Thematik nur dann möglich ist, wenn die Mitglieder genauer in die Unterlagen einsehen und sich damit auseinander gesetzt haben. Dies ist jedoch in dem Zeitrahmen der Sitzung nicht möglich. Herr Dr. Pech fragt die Ausschussmitglieder, ob unter dem Gesichtspunkt, dass die Berichtsunterlagen zum Nahverkehrsplan durch die Abgeordneten eingesehen und ausgewertet können noch dringende Fragen gibt die im Ausschuss beantwortet werden müssen. Da dies nicht der Fall ist, wird die Präsentation zum Nahverkehrsplan zur Kenntnis genommen.

Am Anfang der Sitzung wurde beschlossen, dass die Sitzungsdauer auf 90 min. begrenzt wird. Da diese Zeit bereits überschritten wurde, fragt Herr Dr. Pech die Abgeordneten, ob die Sitzung weitergeführt werden soll.

Die Abgeordneten entscheiden die Sitzung wie in TOP 2 beschlossen fortzuführen.

***zur Kenntnis genommen***

**Zu TOP 6      ÖPNV-Investitionsplan für das Jahr 2021 des Landkreises Oder-Spree**  
**zur Förderung von Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen des**  
**ÖPNV in den Gemeinden und Städten des Landkreises und von Anlagen des übrigen ÖPNV**  
**VA: Herr Buhrke, Herr Hellmich**  
**Vorlage: 068/2020**

Die Errichtung von Haltestellen und der ÖPNV-Investitionsplan ist ein abgestimmtes Instrument. Durch entsprechende Vorderrträge erlauben die Gemeinden dem Landkreis die Errichtung der Anlagen auf Gemeindegebieten. Die Kreisverwaltung fasst dies im Beschluss zusammen und bringt es mit den gesetzlichen Vorlagen in Einklang. Die so abgestimmten Maßnahmen liegen hier vor.

Es gibt keine Nachfragen seitens der Ausschussmitglieder. Die Abgeordneten stimmen der Vorlage einstimmig zu.

***einstimmig zugestimmt***

**Zu TOP 7      Entwurf Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr  
2021  
Vorlage: 065/2020**

Der Ergebnishaushalt und das Haushaltsvolumen sind größer geworden. Dies liegt am Breitband- und Radwegeausbau. Da der Landkreis nicht Eigentümer dieser Anlagen ist sondern es für diesen nur ein Zuschussbereich ist, sind diese Aufwendungen im Ergebnishaushalt zu verlangen. Im Wesentlichen gibt es im Vergleich zu dem Vorjahr wenige Veränderungen. Im Transferbereich gibt es die höchsten Aufwendungen. In 2020 fallen die Erträge besser aus als erwartet. Durch das Krisengeschehen in 2020 führte das wirtschaftliche Geschehen zu einem shutdown.

Das Land Brandenburg hat aus dem Jahr 2019 Zuweisungen an den Landkreis übermittelt. Die Schlüsselzuweisungen mit 2,3 Mio. € waren höher als die der Vorjahre und die allgemeinen Finanzaufweisungen sind gestiegen. Die Kostenausgleiche für spezifische Aufgaben wurden angepasst. Es wurden mehr Mittel als erwartet ausgezahlt.

Im folgenden Jahr wird der kommunale Finanzausgleich vom Land abgerechnet, die Steuereinnahmen werden niedriger ausfallen. Der Hebesatz der Kreisumlage sollte im nächsten Jahr konstant gehalten werden. Die sich daraus ergebenden Defizite müssen getragen werden - Rückgriff auf Rücklagen.

*Siehe Präsentation Bürgerinformationssystem des Kreistages Oder-Spree*

Die Abstimmung zur Vorlage erfolgt nach dem TOP 8.

Der Beschlussvorlage 065/2020 wird einstimmig zugestimmt.

***einstimmig zugestimmt***

**Zu TOP 8      Vorstellung der Haushaltsschwerpunkte durch die zuständigen Bereiche Stabsstelle Ländliche Entwicklung, SG Kreisentwicklung, Veterinäramt, Landwirtschaftsamt, ÖPNV**

**ÖPNV:**

Laut der Ausführungen von Herrn Buhrke ist folgendes eingeplant:

- 6,1 Mio. € - Landeszuweisungen
- 4.902.000 € - Verkehrsunternehmen, Betriebskosten, anteilige Finanzierung zum Ausgleich von Schülerausweisen
- 282.000 € - Förderung der Infrastruktur, Gleise der Straßenbahnbetriebe
- 108.000 € - Förderung der Barrierefreiheit für Busse, Infrastruktur der Haltestellen
- 861.000 € - Förderung der Infrastruktur der Barrierefreiheit für Straßenbahn
- 109.000 € - Ausgaben für kreisübergreifende Verkehre mit FFO, MOL und LDS
- 102.000 € - Mitgliedschaft im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg

### **Sachgebiet für Kreisentwicklung und Investitionsförderung:**

Der Breitbandausbau wurde mit 28.340.600 €, davon 50.000 € für technische Baubegleitung und 20.000 € für die juristische Begleitung, eingeplant. Aktuell soll die Eigentümerakquise bis spätestens Anfang 2021 abgeschlossen sein. Derzeit fehlen noch Eisenhüttenstadt, Brieskow-Finkenheerd, Odervorland, Schamützelsee, Tauche. Bei der Eigentümerakquise gibt es ca. 50 % Rücklauf. Parallel laufen die Vorbereitungen der Genehmigungsplanung durch die Telekom.

Für das Teslaumfeldentwicklungskonzept wurden einmalig 20.000 € eingeplant. Die Gemeinsame Landesplanung Berlin-Brandenburg entwickelt ein Konzept zum Wohnbauflächenbedarf. Die Kosten für die Image- und Marketingaktivitäten wurden mit 30.000€ erhöht. Durch den Bau von Tesla wird der Fachkräftebedarf steigen und es wird möglicherweise zu einem Abwandern von Fachkräften führen. Um dem entgegenwirken zu können, wird die kommunale Steuerungsgruppe Tesla - Wirtschaftsförderung Maßnahmen entwickeln.

Weiterhin wird die deutsch-polnische Zusammenarbeit ausgebaut. Die findet in Form von zwei Projekten im Bereich Verwaltung und Tourismus statt.

### **Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt:**

Der Fachhaushalt ist relativ ausgeglichen und dieser hat sich nicht wesentlich verändert.

Die Planung sieht folgendes vor:

Amtsleitung – Ausgaben: 41.200 €  
Veterinäraufsicht – Ausgaben: 439.500 €, Einnahmen: 59.500 €  
Fleischbeschau – Ausgaben: 197.500 €, Einnahmen: 654.500 €  
Tierkörperbeseitigung – Ausgaben: 75.000 € pro Jahr  
Gesamteinnahmen: 750.000 €  
Gesamtausgaben: 735.200 €

### ASP Ausgaben:

2020 wurden pro Quartal zwischen 35.000 € - 43.000 € Unterhaltungskosten für E-Wildabwehrzäune ausgegeben. Die Beschaffungskosten des Wildabwehrzauns lagen bei ca. 52.000 €.

Kosten der Festzäune:

- äußerer Ring der Weißenzone im Kerngebiet 1: ca. 1 Mio. €
- Oder-Neißegrenze: ca. 897.000 €
- Innerer Ring Kerngebiet 1: ca. 776.000 €
- Gesamt: ca. 2.760.672 €

Für das Kerngebiet 2 ist mindestens mit den gleichen Kosten zurechnen. Die Kosten sollen vollständig durch das Land Brandenburg erstattet werden.

### Seuchenschutz:

- Materialausgaben ca. 340.000 €
- Erwerb von Fahrzeugen für die Bergeteams ca. 150.000 €

Für mindestens die nächsten 2 Jahre wird eine dauerhafte Personalzuführung benötigt in Form von 3 Tierärzten und 4 Stellen für Personal als Unterstützung der Bergeteams.

### **Landwirtschaftsamt:**

Im Fachhaushalt gab es keine wesentlichen Veränderungen. Es erfolgten Mehreinnahmen durch Kostenerstattungen, da Aufgaben der unteren Jagd- und Fischereibehörde der Stadt Frankfurt (Oder) seit dem 01.01.2020 übernommen wurden. Der Haushaltsschwerpunkt liegt in der Vergabe von Agrarfördermitteln. Das Landwirtschaftsamt befindet sich im 7. Jahr der Förderperiode und das Verfahren wird noch bis 2022 fortgeführt. Pro Jahr werden ca. 26 Mio. € durch EU an die Landwirte ausgezahlt.

*Siehe Präsentation Bürgerinformationssystem des Kreistages Oder-Spree*

### **Stabsstelle für Ländliche Entwicklung:**

Die Arbeit der Stabsstelle orientiert sich an vier Leitziele die durch den Kreistag beschlossen wurden. Davon wird auf die folgenden Punkte näher eingegangen:

- Entwicklung einer Regionalmarke  
Verbesserung der Sichtbarkeit der Region durch die Vermarktung regionaler Produkte und Erzeugnisse
  
- Mobilität  
Erstellung eines integrierten Mobilitätskonzept als Ergänzung zum Nahverkehrsplan

*Siehe Präsentation Bürgerinformationssystem des Kreistages Oder-Spree*

### ***zur Kenntnis genommen***

#### **Zu TOP 9      Überarbeiteter Sitzungsplan des Kreistages Oder-Spree und seiner Ausschüsse für das Jahr 2021 Vorlage: 035/2020/1**

Es gibt keine Anmerkungen durch die Ausschussmitglieder. Der Beschlussvorlage wird einstimmig zugestimmt.

***einstimmig zugestimmt***

#### **Zu TOP 10.1    Konzept für Logistik und Verarbeitung regionaler Lebensmittel im Landkreis Entwurf zum Antrag: 19/FDP/BJA/BVFO/2020 (wird nachgesandt)**

Ziel ist die Stärkung der Regionalisierung und Verbesserung der Vermarktungsstruktur der landwirtschaftlich erzeugten Produkte. Die Schweineproduzenten sind durch die Afrikanische Schweinepest stark eingeschränkt. Ein Konzept soll die Verfahrensmöglichkeiten für die Produzenten erleichtern. Die Versorgungseinrichtungen die sich in kreislicher Trägerschaft befinden, sollten mit regionalen Produkten (zur Unterstützung der Betriebe) versorgt werden. Die Wertschöpfungsketten sollten in der Region belassen, erhalten und gestärkt werden.

Herr Kühne (Koordinator Ländliche Entwicklung) merkt an, dass dieses Anliegen bereits von der Verwaltung aufgegriffen wurde und daran wird derzeit gearbeitet. Es gab bereits Gespräche mit dem Schulverwaltungsamt zur Schluverpflegung. Das Anliegen der Landwirte wurde bereits eingebracht.

***zur Kenntnis genommen***

**Zu TOP 11      Dringlichkeitsantrag: Afrikanische Schweinepest  
Vorlage: 17/FDP/BJA/BVFO/2020**

Der Antrag wurde aus dem letzten Kreistag zurück in die Ausschüsse verwiesen. Es soll eine Ergänzung / Erweiterung zum Antrag zu den vorverauslagten Millionen Euros erstellt werden. Ebenfalls sollte eine Form oder Regelung zur Entschädigung der Betriebe durch die ASP getroffen werden.

Frau Teltewskaja schlägt vor im Beschlussvorschlag folgende Ergänzung vorzunehmen „Der Kreistag fordert den Landkreis auf, unterstützend tätig zu werden: ...“. Man sollte beachten, dass dies personelle Kosten nach sich zieht

Die Ergänzung wird vom Antragsteller übernommen.

***zur Kenntnis genommen***

**Zu TOP 12      Sonstiges**

Es gibt keine Anmerkungen.

***zur Kenntnis genommen***

gez.

Dr. Artur Pech  
Kreistagsabgeordneter

gez.

Gundula Teltewskaja  
Beigeordnete für  
Ländliche Entwicklung

gez.

Polina Poluektova  
Schriftführerin